ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Renten - Tarifparteien - Sozialstandards - Arbeitslosigkeit - Russland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: (1998) : Kurz kommentiert: Renten - Tarifparteien - Sozialstandards - Arbeitslosigkeit - Russland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 78, Iss. 4, pp. 197-198

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/44395

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Renten

Grundlegende Reform erforderlich

Nun hat auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft im März mit seinem letzten Gutachten eine grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung gefordert. Das Gutachten konzentriert sich auf die Gefahren, die dem System der Umlagefinanzierung aufgrund der demographischen Veränderungen in den nächsten 40 bis 50 Jahren drohen. Wegen der Zunahme der Lebenserwartung, vor allem aber wegen der auch im internationalen Vergleich äußerst niedrigen Geburtenrate wird sich die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung bis in die dreißiger und vierziger Jahre des nächsten Jahrhunderts extrem zu Lasten der Rentenversicherung verschieben.

Der Beirat befürwortet daher, das Umlageverfahren in Richtung auf ein kapitalgedecktes System zu verändern. Seiner Analyse zufolge stellt weder eine Grundrente eine tragfähige Lösung dar, noch reichten die Reformgesetze von 1992 und 1999 aus, die Funktionsfähigkeit der jetzigen gesetzlichen Rentenversicherung zu bewahren. Und die notwendigen Reformen müßten so schnell wie möglich in Angriff genommen werden.

Diese Botschaft wird überzeugend begründet, doch stellt sich nicht so richtig der Glaube ein, daß sie auch im politischen Raum ankommen, geschweige denn, daß sie weitere Reformschritte auslösen wird. Diese Skepsis teilt anscheinend auch der Beirat, wenn er feststellt, daß eine an kurzfristigen Wahlerfolgen orientierte Politik breiter politischer Gruppierungen nicht dazu neigt, das demographische Problem in seinen wahren Dimensionen aufzuzeigen. Wie anders sonst ist es zu verstehen, daß die Sozialdemokraten im Falle eines Wahlsieges die – wie erwähnt nicht hinreichende – Rentenreform 1999 wieder zurücknehmen wollen. ogm

Tarifparteien

Besonderheiten berücksichtigen

In der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie haben sich die Landesarbeitgeberverbände von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt zu einem Dachverband „Ostmetall" zusammengeschlossen. Durch gemeinsames Handeln wollen sie ihre Position gegenüber der Gewerkschaft stärken. Spätestens zum Ende des Jahres dürften Konflikte zwischen den Tarifparteien entstehen, wenn die gültigen Manteltarifverträge kündbar sind, denn dann geht es nicht nur um eine weitere Angleichung der ostdeutschen Löhne an das Westniveau, sondern vor allem um die Forderung der IG Metall, die für Westdeutschland gültige 35-Stunden-Woche auch in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie durchzusetzen. Dies würde eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit um drei Stunden bedeuten.

Die Arbeitgeber wehren sich vehement gegen die Übertragung westdeutscher Tarifpolitik auf Ostdeutschland, ohne die dortigen Besonderheiten zu berücksichtigen. Dies scheint aber nach den jüngsten Arbeitslosenzahlen für den Monat März erforderlich: Die gespaltene Entwicklung zwischen dem west- und ostdeutschen Arbeitsmarkt ist ein deutliches Indiz dafür, daß die strukturellen Probleme in den neuen Bundesländern noch nicht überwunden sind. Immer noch ist die Wettbewerbsposition der ostdeutschen Wirtschaft auf den für sie relevanten Absatzmärkten zu schwach, um sich „Eskapaden" auf der Kostenseite leisten zu können.

Es müßte auch der IG Metall einleuchten, daß allgemeine Lohn- und Arbeitszeitanpassungen in der gegenwärtigen Lage nur dann tragbar wären, wenn das „Produktivitätsdefizit" gegenüber dem Westen abgebaut wird. Dies ist aber trotz unverkennbarer Fortschritte selbst im verarbeitenden Gewerbe noch längst nicht der Fall. dw

Sozialstandards

Protektionistischer Hintergrund

Erneut hat der Deutsche Gewerkschaftsbund die Bundesregierung aufgefordert, sich innerhalb der Europäischen Union für soziale Mindeststandards einzusetzen. So soll der Bundesarbeitsminister die Ratssitzung der EU-Arbeits- und Sozialminister dazu nutzen, um die Verabschiedung eines sozialpolitischen Aktionsprogramms zu forcieren. Der von Gewerkschaftsseite vorgelegte Katalog orientiert sich an deutschen Standards: Neben der sozial- und arbeitsrechtlichen Gleichstellung aller Beschäftigten, egal ob sie befristete oder unbefristete, Teilzeit-, Leih- oder Vollzeitarbeit haben, sollen der individuelle Kündigungsschutz und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall festgeschrieben werden. Darüber hinaus wird die Sicherung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitneh-

mer und das Verbot der Benachteiligung von gewerkschaftlich Tätigen gefordert.

Bedenklich an den DGB-Forderungen, deutschen Standards europaweit Gültigkeit zu verschaffen, ist der protektionistische Hintergund. Befürchtet wird von Gewerkschaftsseite, daß die hohe – und damit kostenträchtige – soziale Absicherung in Deutschland im europäischen Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten zum Nachteil für deutsche Arbeitnehmer werden könnte. Es kann aber nicht im Sinne Europas sein, die eigenen Vorteile zum Nachteil der anderen durchzusetzen. Sinnvoll erscheint die Verständigung auf soziale Mindeststandards, die auch Länder oder Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und niedriger Produktivität nicht daran hindern, ihre komparativen Vorteile zu nutzen und damit ihre Situation zu verbessern. Das schließt nicht aus, daß „reichere" Länder mit höherer Produktivität eine zusätzliche soziale Absicherung für ihre Arbeitskräfte anbieten. wi

Arbeitslosigkeit

Falscher Weg

Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland und der zögerlichen Realisierung neuer ABM-Projekte und Fortbildungsmaßnahmen am Jahresbeginn nahm Bundesarbeitsminister Blüm nur drei Monate, nachdem er den Haushalt 1998 der Bundesanstalt für Arbeit in Kraft gesetzt hatte, bereits Korrekturen vor. Er erweiterte den Ausgabenrahmen um 1 Mrd. DM, vor allem über eine Aufstockung der ABM-Mittel. Zugleich schichtete er in gleicher Höhe Mittel zur aktiven Arbeitsmarktpolitik um.

Am Ausmaß der Arbeitslosigkeit ändert Blüms Vorstoß wenig. Zwar erleichtert er die Finanzierung neuer Projekte, und er erleichtert den Arbeitsämtern die Umstellung auf die seit Jahresbeginn in dezentraler Verantwortung stattfindende Mittelvergabe. Damit wird der Rückgang der Teilnehmerzahlen bei ABM und Fortbildungsmaßnahmen gebremst und die registrierte Arbeitslosigkeit zeitweise etwas gesenkt werden. Das Hauptziel der aktiven Arbeitsmarktpolitik aber, eine Brücke zu einer regulären Beschäftigung zu bilden, wird unverändert nur recht selten erreicht werden.

Nach wie vor bilden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für viele Teilnehmer eine Art soziales Auffangbecken. Dies zu sichern, wird Blüms Hauptanliegen gewesen sein, zumal in einem Wahljahr. Derartige Maßnahmen wirken jedoch nicht nur als Ruhekissen für Outsider, sie stärken auch die Position der Insider. So verhindern sie nötige Anpassungen der Arbeitsmarktakteure und erschweren einen Abbau der Arbeitslosigkeit. Ein geeigneterer Beitrag des Staates zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme in Ostdeutschland wäre daher eine Abkehr vom Aktionismus in der Arbeitsmarktpolitik, verbunden mit einer Betonung der Verantwortung beider Tarifparteien. sp

Rußland

Desolate Staatsfinanzen

Nach der überraschenden Entlassung der Regierung unter Ministerpräsident Tschernomyrdin durch den russischen Präsidenten Jelzin wurde der bisherige Energieminister Kirijenko zunächst als geschäftsführender Regierungschef eingesetzt und später von Jelzin offiziell als Kandidat für das Amt des neuen Ministerpräsidenten nominiert. Aufgrund der ablehnenden Haltung der Opposition ist ein runder Tisch zur Erörterung der Regierungsbildung eingerichtet worden, dem neben Jelzin Vertreter beider Parlamentskammern angehören; Jelzin machte bei dem Treffen jedoch deutlich, daß er an der Nominierung Kirijenkos festhalten werde.

Der Regierungswechsel in Moskau vollzieht sich in einer Zeit, in der die russische Wirtschaft erstmals seit Beginn der Transformation ein leichtes Wachstum zu verzeichnen hat: Nach der Erhöhung des BIP um 0,4% im Gesamtjahr 1997 wird sowohl für das BIP als auch für die Industrieproduktion im ersten Quartal 1998 eine Zunahme um 1,5% erwartet. Rußland steht jedoch weiterhin vor gravierenden wirtschaftlichen Problemen. Erst nach monatelangen Verhandlungen ist Anfang März 1998 das Budget für das laufende Jahr von der Duma verabschiedet worden, wobei der Regierung die Möglichkeit der Ausgabenkürzung zugestanden wurde, falls die Einnahmen geringer ausfallen als vorgesehen. Trotz der in den ersten beiden Monaten 1998 merklich erhöhten Steuereinnahmen gibt die Haushaltslage bereits jetzt erneut Anlaß zur Sorge.

Die deutliche Senkung der Ölpreise auf dem Weltmarkt hat erhebliche Verluste auf der Einnahmeseite des Budgets zur Folge, die Zahlungsrückstände bei den staatlichen Löhnen und Gehältern sind erneut angestiegen. Auch die neue Regierung ist – unabhängig von ihrer letztendlichen Zusammensetzung – gefordert, die Sanierung der Staatsfinanzen mit den Reformen in Übereinstimmung zu bringen; für die Lösung der Probleme ist es nicht zuletzt erforderlich, daß Jelzin die Reformen konsequenter als bisher unterstützt. sr